

## **Unterrichtung**

**durch die Bundesregierung**

### **Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats und der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1985**

**Europarat**  
**Halbjahresbericht der Bundesregierung**  
**für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1985**

#### **Inhaltsverzeichnis**

|                                                                                                                            | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| I. Allgemeines .....                                                                                                       | 2     |
| 1. Ministerkomitee .....                                                                                                   | 2     |
| 2. Parlamentarische Versammlung .....                                                                                      | 2     |
| II. Politische Fragen                                                                                                      |       |
| 1. Frage des Verhältnisses von Mitgliedstaaten zur Organisation ....                                                       | 3     |
| 2. Fragen des Verhältnisses von Mitgliedstaaten oder der Organisation<br>zu Drittstaaten oder anderen Organisationen ..... | 3     |
| 3. Allgemeiner politischer Dialog .....                                                                                    | 3     |
| III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenberei-<br>chen .....                                     | 3     |
| 1. Menschenrechtsfragen .....                                                                                              | 3     |
| 2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen .....                                                                  | 3     |
| 3. Kultur, Erziehung, Forschung und Sport .....                                                                            | 4     |
| 4. Jugendfragen .....                                                                                                      | 4     |
| 5. Umwelt- und Naturschutz .....                                                                                           | 5     |
| 6. Raumordnung, Städtebau und Denkmalschutz .....                                                                          | 5     |
| 7. Kommunale und regionale Fragen .....                                                                                    | 5     |
| 8. Rechtsfragen .....                                                                                                      | 5     |

## I. Allgemeines

### 1. Ministerkomitee

Die 76. Sitzung des Ministerkomitees fand am 24./25. April 1985 unter Vorsitz des Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, statt, der zeitweilig (am 25. April) vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Möllemann, vertreten wurde.

Die Minister traten am Abend des 24. April zu dem üblichen informellen Treffen zusammen. Parallel zu dieser Begegnung der Minister führten die Politischen Direktoren der Mitgliedstaaten ihren ebenfalls traditionellen Meinungsaustausch. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerkomitees traf Bundesminister Genscher am Nachmittag des 24. April mit dem Politischen Ausschuß und dem Ausschuß für die Beziehung zu den europäischen Nicht-Mitgliedstaaten der Parlamentarischen Versammlung zusammen. Außerdem lud Bundesminister Genscher den Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung und den Generalsekretär des Europarats erneut — wie schon zu Beginn der deutschen Präsidentschaft — zu einem Gespräch über die Arbeit des Europarats ein.

Die Minister behandelten während des informellen Treffens u. a. Fragen der West-Ost-Beziehungen sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Die politischen Direktoren befaßten sich ebenfalls mit diesen Fragen und sprachen außerdem über Lateinamerika sowie über das Verhältnis des Europarats zu Jugoslawien.

Im Mittelpunkt der Beratungen der ordentlichen Sitzung des Ministerkomitees standen die Zusammenarbeit zwischen Europarat und EG, die Verbesserung des politischen Dialogs im Europarat, Fragen der West-Ost-Beziehungen sowie die Aktivität des Europarats im Bereich der Menschenrechte. Behandelt wurden außerdem Fragen der Terrorismusbekämpfung, der Nord-Süd-Beziehungen, der Zusammenarbeit mit Lateinamerika sowie der Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen in Sportstadien.

Das Ministerkomitee verabschiedete Entschlüsse über die Zusammenarbeit zwischen Europarat und der EG sowie über die europäische kulturelle Identität.

Der Vorsitz im Ministerkomitee ging mit Ablauf der 76. Sitzung auf Griechenland über, den stellvertretenden Vorsitz übernahm Irland.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* hielt im Berichtszeitraum sechs Sitzungen ab (383. Sitzung bis 388. Sitzung).

Das Komitee der Ministerbeauftragten bildete als Maßnahme zur Verbesserung seiner Arbeitsweise „Rapporteurgruppen“ für die verschiedenen Tätigkeitsbereiche des Europarats.

Es verabschiedete im Berichtszeitraum Europäische Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes, über den Schutz von Wirbeltieren, die für Versuchs- und andere Zwecke gebraucht werden, über Gewalt und Übergriffe bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, über die Europäische Charta für örtliche Selbstverwaltung.

### 2. Parlamentarische Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung veranstaltete den 1. Teil ihrer 37. ordentlichen Sitzung vom 22. bis 26. April 1985 in Straßburg. Der 2. Teil findet vom 25. September bis 3. Oktober 1985 ebenfalls in Straßburg statt.

Als Vorsitzender des Ministerkomitees erstattete Bundesminister Genscher am 24. April 1985 satzungsgemäß den Bericht des Ministerkomitees. Der Minister konnte feststellen, daß während der deutschen Präsidentschaft (23. November 1984 bis 25. April 1985) eine Stärkung der politischen Zusammenarbeit stattgefunden habe und Fortschritte in Schwerpunktbereichen wie Menschenrechten und Kultur erzielt worden seien. Im Anschluß an seine Ansprache stellte sich der Vorsitzende des Ministerkomitees den Fragen der Abgeordneten.

Zur Parlamentarischen Versammlung sprachen während des ersten Teils der 37. Sitzungsperiode auch der französische Arbeitsminister Delabarr sowie Generalsekretär Oreja.

Die Parlamentarische Versammlung behandelte folgende Gegenstände: Lage in der Türkei, Lage auf Malta, Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien, Verkürzung der Arbeitszeit, Rückkehr der Gastarbeiter in ihre Heimatländer, Stellung der Frauen im politischen Leben, Entwurf einer europäischen Konvention über die Anerkennung nichtstaatlicher internationaler Organisationen sowie Luftverkehrspolitik in Europa.

Vom 1. bis 4. Juli hielt die Parlamentarische Versammlung ihre diesjährige sogenannte Mini-Session in Hamburg ab. Im Zuge der angestrebten Intensivierung der Beziehungen des Ministerkomitees zur Parlamentarischen Versammlung fand erstmals während einer Mini-Session ein Kolloquium des Ständigen Ausschusses mit dem Ministerkomitee statt mit einer Aussprache über den 1. Bericht der Colombo-Kommission, welchen diese einige Tage zuvor der Parlamentarischen Versammlung vorgelegt hatte. Der Ständige Ausschuß behandelte außerdem Berichte über die Rolle Europas im Nord-Süd-Verhältnis, den Fremdenverkehr und die Landwirtschaft, die Bedrohung der Lachsfischerei, die Lage des Berufsstandes, die Harmonisierung der Regelung des Berufsgeheimnisses sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa.

## II. Politische Fragen

### 1. Frage des Verhältnisses von Mitgliedstaaten zur Organisation

Das Ministerkomitee beriet über die Nachholung des türkischen Vorsitzes im Ministerkomitee, ohne einen Beschluß zu fassen. Die *Türkei* nimmt seither an den Sitzungen des Ministerkomitees und des Komitees der Ministerbeauftragten nur noch auf Geschäftsträgerebene teil.

Das Komitee der Ministerbeauftragten erörterte erneut das Verhältnis zu *Malta*, das erstmals im Juni wieder einen Vertreter zu Sitzungen des Komitees der Ministerbeauftragten entsandte.

### 2. Fragen des Verhältnisses von Mitgliedstaaten oder der Organisation zu Drittstaaten oder anderen Organisationen

Im Zusammenhang mit der von der Bundesrepublik Deutschland initiierten Entschließung über die europäische kulturelle Identität wurde vom Komitee der Ministerbeauftragten die Frage der *kulturellen Zusammenarbeit mit Mittel- und Ost-Europa* erörtert.

Die Ministerbeauftragten nahmen Beratungen über eine Intensivierung des Verhältnisses des Europarats zu *Lateinamerika* auf. Das Komitee der Ministerbeauftragten behandelte wiederholt die Frage der Implementierung der Entschließung des Ministerkomitees über die *Zusammenarbeit zwischen Europarat und EG*.

### 3. Allgemeiner politischer Dialog

Das Komitee der Ministerbeauftragten begann mit seinen Beratungen über den ersten *Bericht der Colombo-Kommission*.

Auf der Grundlage der entsprechenden Entschließung des Ministerkomitees (Drucksache 10/3170) und eines Dokuments des Generalsekretärs wurde im Komitee der Ministerbeauftragten über die *Verbesserung des politischen Dialogs* in der Organisation gesprochen.

Die Ministerbeauftragten befaßten sich ferner mit der Frage einer *Nord-Süd-Kampagne* und behandelten im Zusammenhang mit der Empfehlung 962(1983) der Parlamentarischen Versammlung das Thema *Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte*.

Im Komitee der Ministerbeauftragten fand bei Anwesenheit von Experten aus den Außenministerien je ein *Meinungsaustausch* über aktuelle Themen der VN-Arbeit, über Nord-Süd-Fragen sowie über das Budapest KSZE-Kulturforum statt.

## III. Aus der Tätigkeit des Europarats in seinen sonstigen Aufgabenbereichen

### 1. Menschenrechtsfragen

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete auf seiner 388. Sitzung im September eine

Empfehlung über die *Institution des Ombudsmann* [R(85)13] und eine Entschließung über die *Zusammenarbeit der Ombudsleute der Mitgliedstaaten und dem Europarat* [AP(85)8]. Die Bundesregierung stimmte zu mit der Maßgabe, daß sie sich aufgrund der deutschen verfassungsrechtlichen Lage, insbesondere im Hinblick auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde und das Petitionsrecht zur Einrichtung der Institution des Ombudsmann durch die Empfehlung nicht gebunden fühle.

Der *Lenkungsausschuß für Menschenrechte* und die *Expertenausschüsse* haben ihre Beratungen über die Entschließungen der Konferenz der für Menschenrechte zuständigen Minister vom 19. und 20. März 1985 (Drucksache 10/3170) aufgenommen.

Vom 5. bis 6. Juni 1985 veranstaltete der Europarat zusammen mit dem spanischen Ombudsmann in Madrid eine *Konferenz der Ombudsleute*, an der von deutscher Seite Mitglieder des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und Vertreter des Wehrbeauftragten, Bundesdatenschutzbeauftragten sowie entsprechender Einrichtungen der Bundesländer teilnahmen. Im Anschluß daran fand ein *Kolloquium der Ombudsleute* mit den zuständigen Menschenrechtsorgans des Europarats zu Fragen der Einwirkung der Europäischen Menschenrechtskonvention auf die Arbeit der Ombudsleute und den Schutz des Individuums gegen Verwaltungsakte statt.

### 2. Soziale Fragen und öffentliches Gesundheitswesen

Aufgrund eines Beschlusses der 2. Konferenz der für Wanderungsfragen zuständigen Minister (Oktober 1983) fand im Juni 1985 eine erste Sitzung leitender Regierungsbeamter statt, in der Fragen des illegalen Grenzverkehrs und die Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit zu seiner Bekämpfung erörtert wurden.

Vom 18. bis 20. Juni 1985 fand in Valletta die *19. Konferenz der Europäischen Familienminister* zum Thema Auswirkungen der Wirtschaftskrise, insbesondere Arbeitslosigkeit, auf die Familie statt.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete im Juni auf seiner 387. Sitzung eine Empfehlung über die *ehrenamtliche Mitarbeit im Sozialdienst* [R(85)9].

Im *Stipendienprogramm* des Europarats für Angehörige sozialer Berufe wurden 1985 insgesamt 78 Kandidaten aus 21 Ländern (einschließlich Finnlands) Stipendien gewährt, darunter vier Kandidaten aus der Bundesrepublik Deutschland.

Auf Einladung der französischen Regierung veranstaltete der Europarat vom 18. bis 20. September 1985 in Straßburg ein *Kolloquium über den sozialen Schutz der Hochbetagten*.

Am 23. und 24. Mai 1985 trat der *Ausschuß für die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann* als Vorbereitungskomitee für die *Ministerkonferenz* zum Thema *Gleichberechtigung von Frauen und Männern im politischen Leben* (3. bis 5. März 1985)

zusammen. Im einzelnen soll die Ministerkonferenz folgende Fragen behandeln: Die Teilhabe von Frauen im politischen Prozeß (Partizipation als Bestandteil demokratischer Entwicklung; Hemmnisse, die einer Beteiligung von Frauen am politischen Entscheidungsprozeß entgegenstehen; die Bedingungen und Methoden politischer Arbeit und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen im politischen Prozeß) und Politik und Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung im Entscheidungsprozeß (Beseitigung von Vorurteilen, Frauen in den Medien, partnerschaftliche Erziehung und Aufgabenteilung, Maßnahmen gegen Gewalt, Gleichberechtigung im Beruf und Beseitigung rechtlicher Hindernisse).

Vom 15. bis 17. April 1985 fand in Stockholm die 2. Europäische Gesundheitsministerkonferenz statt mit dem Hauptthema: Die geistig-seelische Gesundheit in der Zukunft. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Entwicklung einer Politik für eine gemeindenähe Versorgung. Die Schlußerklärung enthält Elemente einer europäischen Strategie zur Förderung der geistig-seelischen Gesundheit: Beseitigung jeglicher Diskriminierung psychisch Kranker, Aufbau eines Netzes bedarfsgerechter komplexer Einrichtungen in Gemeindenähe, und im präventiven Bereich die Stärkung der Rolle der Familie.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete eine Empfehlung über die Prüfung von Blutspendern auf das Vorhandensein von AIDS-Faktoren [R(85)12].

Aus dem Bereich des Teilabkommens für öffentliches Gesundheitswesen verabschiedete das Komitee der Ministerbeauftragten Entschlüsse über Holzschutzmittel [AP(85)3], Richtlinien zur Verminderung eventueller Risiken durch Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln tierischer Herkunft [AP(85)4] sowie das Versprühen von Pestiziden mit Luftfahrzeugen [AP(85)5].

Die Herausgabe der 2. Ausgabe des Europäischen Arzneibuches ist mit dem Teilband 9 vorangeschritten. Die Arbeiten an Band 10 (dem letzten Band der Monographien enthält) sind nahezu abgeschlossen. Die Revision der 1. Ausgabe ist fertiggestellt.

### 3. Kultur, Erziehung, Forschung und Sport

Vom 7. bis 9. Mai 1985 fand in Brüssel die 14. Sitzung der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister statt. Hauptberatungsthema war die Bildung und Ausbildung für die 16- bis 19jährigen — Probleme und Zukunftsaussichten.

Am 23. Juni 1985 fand auf Einladung der griechischen Regierung im Anschluß an die Erklärung Athens zur europäischen Stadt der Kultur in Delphi ein informelles Treffen der Europäischen Kulturminister statt. Beraten wurde über die Zukunft des Kulturzentrums Delphi und die West-Ost-Beziehungen im Bereich der Kultur.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete auf seiner 385. Sitzung im Mai 1985 Empfehlun-

gen zur Unterstützung künstlerischer Kreativität [R(85)6], zur Menschenrechtserziehung an Schulen [R(85)7] sowie zur Erhaltung des europäischen Film-erbes [R(85)8].

Vom 17. bis 20. Juni 1985 trat der Rat für die kulturelle Zusammenarbeit (CDCC) zu seiner 48. Sitzung zusammen. Er behandelte u. a. das Arbeitsprogramm 1986 und setzte seine Beratungen über die Durchführung einer Ausstellung zur Europäischen Zeitgeschichte fort, wobei offenblieb, ob diese in Form einer Wanderausstellung (deutscher Vorschlag) oder als stationäre Großausstellung abgehalten werden soll. Der CDCC beschloß ferner, — zunächst auf freiwilliger Basis — im Europarat ein sogenanntes Länderexamen Kultur durchzuführen. Frankreich, Schweden und die Türkei erklärten sich bereit, während der Versuchsphase an diesen Prüfungen teilzunehmen.

Vom 30. März bis 16. Juni 1985 richtete der Europarat in Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Kulturministerium sowie der Gulbenkianstiftung erstmalig eine Ausstellung zur zeitgenössischen Kunst in Europa aus; deutsche Beiträge erfolgten über die Nationalgalerie Berlin.

Im Rahmen des Projekts Nr. 9 des CDCC, das Fragen der Erwachsenenbildung und der lokalen Entwicklung gewidmet ist und nach vierjähriger Laufzeit Ende 1985 ausläuft, fanden vom 29. bis 31. Mai in Straßburg/Frankreich und 10. bis 14. Juni 1985 in Landskrona/Schweden Tagungen statt, in denen aus dem Projekt gewonnene nationale Erfahrungen erörtert und die Abschlußarbeiten des Projektes geprüft wurden.

Im Bereich Forschung erstellten der Generalsekretär des Europarats und die Europäische Wissenschaftsstiftung Berichte zur Umsetzung der Empfehlungen der Forschungsministerkonferenz von 1984.

Am 27. Juni 1985 traten die Europäischen Sportminister zu einer Dringlichkeitssitzung in Straßburg zusammen und sprachen sich für ein Übereinkommen zur Bekämpfung der Gewalt im Fußballsport auf europäischer Ebene aus, das ein Expertenausschuß auf einer Sitzung vom 25. bis 26. Juni 1985 vorbereitet hatte. Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete das Europäische Übereinkommen über Gewalt und Übergriffe bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen auf einer eigens hierfür einberufenen Sondersitzung am 23. Juli 1985 und beschloß seine Auflegung zur Zeichnung am 19. August 1985. Das Übereinkommen wurde bisher von acht Mitgliedstaaten des Europarats gezeichnet und tritt am 1. November 1985 in Kraft.

### 4. Jugendfragen

Das von den Vereinten Nationen proklamierte Internationale Jahr der Jugend (IJJ) 1985 hatte auch Auswirkungen auf die Tätigkeit des Europarats. Als besonderen Beitrag zum IJJ veranstaltete das Europäische Jugendzentrum vom 1. bis 6. Juli 1985 eine Europäische Jugendwoche, zu der über 1 000 Jugendliche aus allen Mitgliedstaaten in Straßburg

zusammenkamen, um Erfahrungen und Meinungen auszutauschen und gemeinsame Vorstellungen über die Zukunft Europas zu entwickeln. Auch im Rahmen des sonstigen Programms des Europäischen Jugendzentrums sowie bei den vom Europäischen Jugendwerk geförderten Maßnahmen stand das Internationale Jahr der Jugend im Mittelpunkt.

Im Europäischen Jugendzentrum wurden im Berichtszeitraum neun Seminare und Kolloquien, drei Ausbildungskurse für Jugendleiter und sechs Sprachkurse (davon ein Deutsch-Kurs) veranstaltet, an denen ca. 1 350 Jugendliche (davon ca. 60 Deutsche) teilnahmen.

Das *Europäische Jugendwerk* förderte im Berichtszeitraum mit ca. 4,34 Mio. FF insgesamt 62 Maßnahmen internationaler Jugendorganisationen (davon fanden sechs Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland statt), an denen ca. 11 000 Personen (davon 1 061 Deutsche) teilgenommen haben.

Der *Ad-hoc-Ausschuß für Jugendexperten* trat am 4. bis 6. September 1985 zusammen, um die für Dezember 1985 geplante *Erste Konferenz der für Jugendfragen zuständigen Minister des Europarats* vorzubereiten.

Vom 3. bis 4. September 1985 veranstaltete der Europarat ein *parlamentarisches Hearing über Jugendarbeitslosigkeit* in Den Haag.

#### 5. Umwelt- und Naturschutz

Ein Ausschuß Hoher Beamter setzte seine Vorbereitungen für die *5. Umweltschutzministerkonferenz* (3. bis 5. Juni 1987 in Lissabon) über den Schutz des natürlichen Erbes in ländlichen Gebieten und eine neue europäische Strategie des Naturschutzes fort.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete auf seiner 388. Sitzung im September Empfehlungen über die *Einführung amerikanischer Waldkaninchen in Europa* [R(85)14], die *Wiedereinführung der einheimischen wildlebenden Arten* [R(85)15], *Salzmoore und Küstendünen* [R(85)16] und die *Ausbildung von Jägern* [R(85)17].

#### 6. Raumordnung, Städtebau und Denkmalschutz

Die Vorbereitungen für die *7. Europäische Raumordnungsministerkonferenz (EMKRO)* (21. bis 23. Oktober 1985 in Den Haag) mit dem Thema Entscheidungsprozesse in der Raumordnung unter besonderer Berücksichtigung der Dezentralisierung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden fortgeführt. Zur Vorbereitung der *8. EMKRO*, die sich mit der Flächennutzungsproblematik befassen wird, wurden die Beratungen aufgenommen und von deutscher Seite die raumordnerischen Aspekte der Bodennutzungskonzeption der Bundesregierung eingebracht.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* verabschiedete auf seiner 388. Sitzung im September Empfehlungen über den *Ausbau der Regionalstatistik* [R(85)19] und über *Planungen zum Schutz der europäischen Küstenregionen* [R(85)18]. Letztgenannte

Empfehlung geht auf das *Seminar Schutz der europäischen Küstenregionen* (7. bis 9. Mai 1985 in Cuxhaven) zurück, das sich vorwiegend mit der Wattenmeerproblematik befaßte.

Ein vom Komitee der Ministerbeauftragten eingesetzter interdisziplinärer Expertenausschuß prüfte den Vorschlag, eine *europäische Kampagne für den ländlichen Raum (EKL)* abzuhalten, und äußerte sich positiv zu diesem Vorhaben. Als Datum schlug er den Zeitraum von 1987 bis 1988 mit offizieller Eröffnung anlässlich der 5. Europäischen Umweltministerkonferenz (3. bis 5. Juni 1987 in Lissabon) am Welt-Umweltschutz-Tag vor und sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft bei der Vorbereitung der EKL aus. Der Bericht des Expertenausschusses liegt derzeit dem Komitee der Ministerbeauftragten zur Entscheidung vor.

Das Komitee der Ministerbeauftragten verabschiedete auf seiner 385. Sitzung im Mai das *Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas* und beschloß seine Auflegung zur Zeichnung anlässlich der *2. Europäischen Konferenz der für den Denkmalschutz zuständigen Minister* am 3. bis 4. Oktober 1985 in Granada. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Konferenz wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt.

#### 7. Kommunale und regionale Fragen

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* beschloß auf seiner 387. Sitzung im Juni 1985, die *Charta der kommunalen Selbstverwaltung* als völkerrechtlich verbindliche Konvention des Europarats anlässlich der *XX. Tagung der Ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas* (15. bis 17. Oktober 1985 in Straßburg) zur Zeichnung aufzulegen. Mit diesem Beschluß, der von deutscher Seite nachdrücklich unterstützt wurde, ist die Sache der kommunalen Selbstverwaltung im demokratischen Europa ein großes Stück vorwärts gekommen. Die Charta verpflichtet die beitretenden Staaten, ihren kommunalen Gebietskörperschaften eine Anzahl von Einzelrechten zu geben, die in ihrer Zusammenfassung das Recht auf kommunale Selbstverwaltung zum Inhalt haben.

#### 8. Rechtsfragen

Am 14. Juni 1985 fand in Edinburgh eine *informelle Konferenz der Europäischen Justizminister* statt. Die Minister wiederholten ihren Aufruf zur Zusammenarbeit der Regierungen bei der Bekämpfung des Terrorismus. Mit Sorge beobachteten sie die steigende Kriminalitätsrate in fast allen Ländern und erörterten Maßnahmen zur Verbrechensverhütung. Außerdem befaßten sie sich mit den ethischen und rechtlichen Problemen, die mit der künstlichen Insemination, der invitro-Fertilisation, der Surrogatmutterschaft und der Embryologie zusammenhängen. Sie betonten die Notwendigkeit der Rechtsharmonisierung in diesem Bereich.

Das *Komitee der Ministerbeauftragten* beschloß die Auflegung zur Zeichnung des im Januar 1985 verab-

schiedeten *Europäischen Übereinkommens über strafbare Handlungen gegen Kulturgut* (Drucksache 10/3170) anlässlich der informellen Kulturministerkonferenz in Delphi am 23. Juni 1984. Das Übereinkommen ist inzwischen von vier Staaten gezeichnet worden. Ob die Bundesregierung das Übereinkommen zeichnen und zur Ratifikation vorschlagen wird, wird noch geprüft.

Der *Lenkungsausschuß für rechtliche Zusammenarbeit* leitete in seiner Sitzung vom 20. bis 24. Mai 1985 dem Komitee der Ministerbeauftragten Entwürfe für Empfehlungen zum Datenschutz bei der Direktwerbung und im Bereich der sozialen Sicherheit zur Annahme zu. Er schlug ferner für das *16. Kolloquium im europäischen Recht* (1986 in Upsala) das Thema Asyl- und Flüchtlingsrecht vor. Ein weiteres Kolloquium soll sich 1986 mit dem Thema EDV-Systeme in der Gerichtsverwaltung befassen.

Im Strafrechtsbereich verabschiedete das *Komitee der Ministerbeauftragten* in seiner 387. Sitzung im Juni 1985 Empfehlungen über die *praktische Anwendung des Europäischen Rechtshilfeübereinkommens auf Ersuchen um Telefonüberwachung* [R(85)10] und über die *Stellung des Opfers im Rahmen des Strafrechts und des Strafverfahrens* [R(85)11]. Ferner wurde die Veröffentlichung der Berichte von Sachverständigenausschüssen betreffend die Themen Terroristische Erpressungen und Wirt-

schaftskrise und Kriminalität gebilligt und das Mandat des neu eingerichteten Unterausschusses Computer-Kriminalität festgelegt.

Die *Ad-hoc-Arbeitsgruppe leitender Beamter zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus* widmete sich u. a. Problemen terroristischer Straftaten unter dem Schutz diplomatischer Immunitäten und Vorrechte.

Im Tierschutzbereich nahm das *Komitee der Ministerbeauftragten* auf seiner 386. Sitzung im Mai 1985 ein *Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Wirbeltieren, die für Versuchs- und andere wissenschaftliche Zwecke verwendet werden*, mehrheitlich an und beschloß seine Auflegung zur Zeichnung am 20. September 1985. Im Laufe der langwierigen Verhandlungen konnten auf Drängen der Bundesregierung wesentliche Verbesserungen des Übereinkommenstextes zum Schutz der Tiere durchgesetzt werden; noch weitergehende Bestimmungen wären wünschenswert gewesen. Daher hat die Bundesregierung sich bei der Abstimmung über die Annahme des Übereinkommens der Stimme enthalten.

Der *Ad-hoc-Sachverständigenausschuß für den Tierschutz* befaßt sich zur Zeit mit dem Schutz von Heimtieren. Die fachlichen Beratungen über den Entwurf eines entsprechenden Übereinkommens sind nahezu abgeschlossen.

**Westeuropäische Union**  
**Halbjahresbericht der Bundesregierung**  
**für die Zeit vom 1. April 1985 bis 30. September 1985**

**Inhaltsverzeichnis**

|                                                                                                       | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| I. Allgemeines .....                                                                                  | 7     |
| II. Zur konkreten Sicherheitslage in Europa .....                                                     | 7     |
| 1. Europäische Verteidigungsfragen und Europas Beitrag zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses ..... | 7     |
| 2. Rüstungskontrolle und Abrüstung .....                                                              | 8     |
| 3. Auswirkungen von Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen auf die Sicherheit Europas .....        | 8     |
| 4. Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Rüstung und Technologie .....         | 8     |
| 5. Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa .....                              | 8     |
| III. Institutionelle und sonstige Fragen der WEU .....                                                | 8     |
| 1. Ministerrat und Ständiger Rat .....                                                                | 8     |
| 2. „Agenturen für Sicherheitsfragen“ .....                                                            | 9     |
| 3. Stärkung des Generalsekretariats .....                                                             | 9     |
| 4. Beziehungen zwischen Rat und Versammlung .....                                                     | 9     |
| 5. Haushaltsfragen .....                                                                              | 9     |
| 6. Sonstige Fragen .....                                                                              | 9     |

**I. Allgemeines**

*Herausragende Ereignisse* des Berichtszeitraumes waren

- die erste Hälfte der 31. Ordentlichen Sitzungsperiode der *WEU-Versammlung* am 20. bis 23. Mai in Paris u. a. mit einer Rede von Bundesminister Genscher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats am 22. Mai; auf die ausführliche Unterrichtung durch die deutsche Delegation in Drucksache 10/3590 vom 28. Juni 1985 wird verwiesen;
- die Sitzung des WEU-Ministerrats (an der die Außen- und Verteidigungsminister aller WEU-Länder teilnahmen) in Bonn am 22./23. April unter Vorsitz von Bundesminister Genscher;
- ein informelles Treffen der bisherigen und der neuen Präsidentschaft im Rat mit dem Präsidenten der WEU-Versammlung am 18. Juni in Luxemburg (am 1. Juli d. J. übernahm Italien die Präsidentschaft im Rat für die Dauer eines Jahres) sowie
- der Wechsel im Amt des Generalsekretärs. Der seit März 1977 tätige belgische Generalsekretär Longerstaey trat im Mai d. J. in den Ruhestand.

Sein Nachfolger wurde der Politische Direktor im belgischen Außenministerium, Alfred Cahen; er trat sein Amt im Juni d. J. an.

**II. Zur konkreten Sicherheitslage in Europa**

**1. Europäische Verteidigungsfragen und Europas Beitrag zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses**

Auf der Sitzung des *WEU-Ministerrats* in Bonn im April d. J. stellten die Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten fest, daß sich ihre Länder einem fortdauernden quantitativen und qualitativen Ausbau des militärischen Potentials der Sowjetunion gegenübersehen, der mit Sicherheitsinteressen allein nicht gerechtfertigt werden kann. Sie hoben hervor, daß die Abschreckung auf der Grundlage eines glaubhaften nuklearen und konventionellen Potentials unverzichtbar ist. Sie bekräftigten erneut die Entschlossenheit eines jeden ihrer Staaten, national oder im Rahmen der integrierten militärischen Struktur des Atlantischen Bündnisses die zur Stärkung ihrer gemeinsamen Sicherheit notwendigen Anstrengungen zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang hoben die Minister die substantiellen Verteidigungsanstrengungen der europäischen Staaten des Bündnisses hervor.

Die Minister untersuchten ferner Fragen in Verbindung mit den Forschungsanstrengungen in bezug auf strategische Verteidigung. Sie kamen überein, ihre gemeinsamen Beratungen fortzusetzen, um so weit wie möglich eine koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen, an dem Forschungsprogramm teilzunehmen, und wiesen den Ständigen Rat entsprechend an.

Der *Ständige Rat* antwortete der Versammlung auf deren Empfehlung (413) zur „Militärischen Nutzung des Weltraums (II)“ sowie auf Empfehlung (411) „Abschreckung und der Wille des Volkes“.

Dem Ständigen Rat liegen folgende Empfehlungen der Versammlung zur Beantwortung vor: Empfehlung Nr. 419 zur „Militärischen Nutzung von Computern“ und Nr. 423 zum „Stand der europäischen Sicherheit in Mitteleuropa“.

## 2. Rüstungskontrolle und Abrüstung

Bei seinem Treffen in Bonn begrüßte der *Ministerrat* die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf als ein wichtiges Ereignis für die Sicherheit der Allianz und Europas. Er bekräftigte, daß sie ihren amerikanischen Verbündeten nachdrücklich unterstützen und ihm vertrauen bei seinen Bemühungen um die Erzielung eines stabileren strategischen Verhältnisses auf einem möglichst niedrigen ausgewogenen Streitkräfteniveau, und forderten die Sowjetunion auf, eine positive Haltung einzunehmen. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion drastische Verringerungen ihrer nuklearen strategischen und Mittelstreckensysteme sowie auch Übereinkünfte ermöglichen werden, die auf die Beendigung des Rüstungswettlaufs auf der Erde und auf die Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum abzielen. Die Minister unterstrichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung, welche sie der Einhaltung der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen beimessen. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch weiterhin einen Beitrag zu Fortschritten bei den derzeit auf der Genfer Abrüstungskonferenz geführten Verhandlungen über ein umfassendes nachprüfbares Verbot von chemischen Waffen zu leisten. Der *Ständige Rat* beantwortete die Empfehlung Nr. 415 der Versammlung zur „Rüstungskontrolle und Abrüstung“.

Das *Rüstungskontrollamt* (RKA) setzte im Berichtszeitraum die Mengenkontrollen in dem vom Rat ab 1. Januar d. J. beschlossenen Umfang hinsichtlich der von den Vertragspartnern auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände sowie die Nichtherstellungskontrollen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

## 3. Auswirkungen von Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen auf die Sicherheit Europas

Bei seinem Treffen in Bonn führte der *Ministerrat* einen ausführlichen Meinungsaustausch über das West-Ost-Verhältnis im allgemeinen und seine Auswirkungen auf die Sicherheit Europas im besonde-

ren. Die Minister bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Länder, weiterhin auf die Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen auf realistischer und langfristiger Grundlage und die volle Verwirklichung der in Helsinki und Madrid eingegangenen KSZE-Verpflichtungen hinzuwirken. Sie erinnerten auch an die mehrseitigen Verhandlungen auf dem Gebiet der vertrauensbildenden Maßnahmen und konventionellen Abrüstung und hoben die Bedeutung dieser Verhandlungen für Europa hervor.

Die *Versammlung* verabschiedete eine Empfehlung (417) zu den „West-Ost-Beziehungen zehn Jahre nach Verabschiedung der Helsinki-Schlußakte“, die derzeit dem Ständigen Rat zur Beantwortung vorliegt.

## 4. Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit in den Bereichen Rüstung und Technologie

Fragen der Zusammenarbeit in Rüstung und Forschung standen ebenfalls auf der Tagesordnung des Bonner *WEU-Ministerrats*. Die Minister waren sich darin einig, daß eine engere Zusammenarbeit und die Harmonisierung ihrer Bemühungen für die längerfristige Aufrechterhaltung einer wettbewerbsfähigen und hochentwickelten industriellen Basis der Verteidigung in Europa und zur Erreichung einer kosteneffektiveren Verteidigung von grundlegender Bedeutung sind.

In Anbetracht der wachsenden Bedeutung der Technologie bekräftigten die Minister ferner die Entschlossenheit der Mitgliedstaaten, die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der EG zu ergreifen, um Europas eigene technische Kapazität zu stärken und dadurch die Schaffung einer Technologie-Gemeinschaft zu erreichen.

Der Rat nahm außerdem zu der Empfehlung Nr. 414 der Versammlung zur „Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa auf dem Gebiet der Spitzentechnologie“ Stellung.

## 5. Auswirkungen von Krisen in anderen Regionen der Welt auf Europa

Der *Rat* beantwortete die Empfehlungen der *Versammlung* zu den „Folgen des Golfkriegs“ (412) und zur „Lage im Libanon“ (422). Ihm liegt derzeit noch zur Beantwortung vor die Empfehlung (418) zu „Zypern und die europäische Sicherheit“.

# III. Institutionelle und sonstige Fragen der WEU

## 1. Ministerrat und Ständiger Rat

Mit der Bonner Sitzung des *WEU-Ministerrats* bestand die WEU ihre erste Probe als Konsultations- und Abstimmungsforum nach der in Rom beschlossenen verstärkten Zusammenarbeit. Von Bedeutung sind insbesondere die Aussagen der Minister über die koordinierte Reaktion auf die amerikanische Einladung zur Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm. Hierzu hat der *Ständige Rat* eine *Arbeitsgruppe* mit Experten aus den Hauptstädten eingerichtet.

## 2.

Als wichtigen institutionellen Schritt beschlossen die Minister bei ihrer Sitzung in Bonn über die Reorganisation, die das Amt für Rüstungskontrolle, den Ständigen Rüstungsausschuß und das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses betrifft. Unter der gemeinsamen Bezeichnung „Agenturen für Sicherheitsfragen“ wurden an ihrer Stelle drei neue Einheiten geschaffen, nämlich eine Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen, eine Agentur zur Untersuchung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie eine Agentur zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich. Diese Agenturen werden den Rat bei seinen künftigen Aufgaben durch Studien und Analysen unterstützen. Die Minister baten den Ständigen Rat, diesen organisatorischen Beschluß schnell durchzuführen und auf der nächsten Tagung des Ministerrats einen Bericht über die bis dahin erzielten Fortschritte und die diesen Agenturen übertragenen neuen Aufgaben vorzulegen.

## 3. Stärkung des Generalsekretariats

In Bonn befaßten sich die Minister auch mit Vorschlägen des Generalsekretärs zur Stärkung des WEU-Generalsekretariats in London. Im Auftrag der Minister befaßt sich der Ständige Rat derzeit mit entsprechenden Maßnahmen.

## 4. Beziehungen zwischen Rat und Versammlung

Bundesminister Genscher unterrichtete unmittelbar im Anschluß an das Bonner WEU-Ministertreffen den Ausschuß der WEU-Versammlung für die

Beziehungen mit dem Rat über das Ergebnis dieser Tagung. In seiner Rede vor dem Plenum der Versammlung in der ersten Hälfte der 31. Sitzungsperiode im Mai d. J. zog er eine Bilanz der deutschen Präsidentschaft und zeigte die Dimensionen der künftigen Aufgaben der WEU auf.

Bundesminister Genscher als der bisherige und der italienische Außenminister Andreotti als der künftige Vorsitzende des Ministerrats setzten in Gesprächen mit dem Präsidenten der WEU-Versammlung, Jean-Marie Caro, am 18. Juni d. J. in Luxemburg die unter der deutschen Präsidentschaft begonnene Tradition informeller Kontakte mit der Versammlung fort.

## 5. Haushaltsfragen

Die umfassende Reorganisation der WEU im Berichtszeitraum stand unter dem Vorzeichen der vom WEU-Ministerrat in Rom im Oktober 1984 erteilten Auflage, daß die verschiedenen Regelungen in bezug auf das Personal und den Haushalt der Organisation innerhalb des derzeitigen Budgetrahmens bleiben.

## 6. Sonstige Fragen

Die Minister erinnerten auf ihrem Treffen in Bonn daran, daß sie es für wichtig halten, daß ihre Verbündeten, die nicht Mitglieder der WEU sind, möglichst umfassend über ihre Tätigkeit unterrichtet werden. In diesem Zusammenhang waren sie der Auffassung, daß das von bestimmten Staaten zum Ausdruck gebrachte besondere Interesse eine begrüßenswerte Ermutigung bei den in der WEU unternommenen Anstrengungen darstellt.





